



## ***Kultusminister der Bundesländer unterstützen Schularbeit des Volksbundes***

### **„Berücksichtigung der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. in den Schulen“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 22.03.1968 i.d.Fassung v. 27.04.2006)**

In den Jahren 1968 und 1988 haben die Kultusminister die Verdienste des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. um die im Auftrag der Bundesregierung geleistete Pflege der Ruhestätten der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gewürdigt und den Schulen die Mitwirkung an den Aufgaben des Volksbundes empfohlen. Die Kultusminister sehen heute wie damals Erhalt und Besuch dieser Mahnmale als unverzichtbaren Beitrag zur nachhaltigen Stärkung und Fortentwicklung demokratischer Gedenk- und Erinnerungskulturen und als Beitrag zur Versöhnungsarbeit im zusammenwachsenden Europa.

Der Volksbund hat seine seit Jahrzehnten wahrgenommene Arbeit und zugleich seine Bemühungen unter dem Motto „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ verstärkt, indem er alljährlich Jugendcamps mit Pflegeaufgaben sowie Bildungs- und Begegnungsinhalten auf Kriegsgräber- und Gedenkstätten im Bundesgebiet und im Ausland veranstaltet, die Jugendliche aus der Bundesrepublik Deutschland und aus mehreren europäischen Ländern zusammenführen. Ein- oder mehrtägige Schulprojekte zur regionalgeschichtlichen Spurensuche werden vom Volksbund auch im Inland unterstützt und durch die Herausgabe von Medien begleitet.

Zudem unterhält der Volksbund eigene Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten im In- und Ausland, deren pädagogische Angebote sich vorwiegend an Schulklassen aber auch an Institutionen der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung richten. Für die Begegnung deutscher Schulklassen und Schulklassen anderer europäischer Länder bieten die Jugendbegegnungsstätten u.a. pädagogische Module zur fächerverbindenden und fachübergreifenden historisch-politischen Bildung, zur Gewaltprävention und Konfliktbewältigung an. Der Volksbund unterstützt Institutionen der Lehreraus- und -fortbildung bei der Vermittlung von praxisbezogener Methodenkompetenz im Umgang mit Kriegsgräber- und Gedenkstätten.

Eine verantwortungsbewusste Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an der Arbeit des Volksbundes ist eine gute Möglichkeit, ihnen im Sinne des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule die Aufgabe des friedlichen Zusammenlebens und der Integration ausländischer Mitbürger nahe zu bringen.

Die Kultusminister treten dafür ein, dass die Schulen auch weiterhin an den Aufgaben des Volksbundes mitwirken und damit eine nachhaltige Erziehung zum Frieden fördern.

### ***Briefwechsel des niedersächsischen Kultusministers Bernd Busemann mit dem Vorsitzenden des Volksbundes Niedersachsen Prof. Rolf Wernstedt vom 15. November 2006 zum KMK - Beschluss***

Sie können Sie sich diesen Briefwechsel als PDF - Dokument ansehen oder herunterladen.

### ***Gemeinsame Erklärung des Bundeselternrates und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.***

Auf Einladung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. tagte der Bundeselternrat (BER) vom 13. bis 15. Juni 1997 in Kassel, um sich über die Friedensarbeit des Volksbundes zu unterrichten.

Der Volksbund stellte Inhalte und Ziele seiner Zusammenarbeit mit den Schulen dar, deren Grundlage der Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland vom 23.06.1988 ist. Mit diesem Beschluß treten die Kultusminister der Bundesländer dafür ein, daß "die Schulen auch weiterhin an den Aufgaben des Volksbundes mitwirken und damit die Erziehung zum Frieden fördern". Die in der Tagung gewonnenen Erkenntnisse faßte der BER unter Berücksichtigung des gemeinsamen Auftrages von Schule und Volksbund, Friedenserziehung zu leisten, in der nachfolgenden Erklärung zusammen:

**Der BER fordert die Schulen unter Hinweis auf den Beschluß der Kultusministerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland auf,**

- dafür Sorge zu tragen, daß die Friedensarbeit fächerübergreifend in die Lehrpläne aufgenommen und diese Aufgabe nicht auf den Religionsunterricht verlagert wird,
- die Zusammenarbeit mit dem Volksbund in den Lehrerverbänden, Bildungszentren und in den Lehrerfortbildungseinrichtungen zu intensivieren,
- den Volksbund beim Aufbau eines größeren Kontaktlehrernetzes zu unterstützen,
- die Pflege der in- und ausländischen Kriegsgräberstätten durch Schulklassen zu intensivieren. Die Kontaktaufnahme sollte dabei in jedem Falle über den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge geschehen,
- die Begegnung deutscher Schulklassen und Schulklassen anderer europäischer Länder in den Jugendbegegnungsstätten des Volksbundes zu unterstützen (Idee: Partnerschulen treffen sich) und Klassenfahrten mit Informationsmöglichkeiten über die Arbeit des Volksbundes zu verbinden.

**Der BER fordert die Elternvertretungen in der Bundesrepublik Deutschland auf**

- alle Angebote des Volksbundes aufzugreifen, künftig die Möglichkeiten der Schülerbegegnung mit Schulen anderer europäischer Staaten besser zu nutzen,
- die Zusammenarbeit zwischen Landeselternvertretungen und den Landesverbänden des Volksbundes zu suchen und in "Elternbriefen" über dessen Arbeit zu unterrichten,
- die Schulen zu bitten, den Austausch von europäischen Schulen bzw. Schulen bzw. Schulklassen unter Berücksichtigung der Sprachförderung zu unterstützen. Dabei kann der Volksbund ergänzende Hilfe leisten.

Der BER empfiehlt dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

- einen Jugendverband zur Akzeptanz in den unterschiedlichen Altersjahrgängen der Jugend und zur Gewinnung neuer Förderer der Friedensarbeit des Volksbundes zu gründen,
- eine Ausdehnung der Jugendlager zur Pflege von Kriegsgräberstätten auf Nichtferienzeiten vorzunehmen, z.B. mit Hinblick auf das Freiwillige Soziale Jahr, Überbrückung von Wartezeiten beim Berufs- und Studieneinstieg usw.,
- die Institution einer "Jugendkonferenz" auf Landes- und Bundesebene mit dem Ziel der Öffentlichkeitsarbeit anzuregen. Hier könnten alle Probleme der Jugendlichen gezielt diskutiert und nach Lösungen gesucht werden,
- das Mindestalter für die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Jugendlagern zu senken (mindestens auf 14 Jahre). Die versicherungsrechtlichen Barrieren dürfen davon nicht abhalten,
- verstärkt redaktionelle Beiträge in den einschlägigen pädagogischen Publikationen zu nutzen. Der BER würde dies unterstützen,
- die Zusammenarbeit mit den Schülerzeitungsredaktionen weiter auszubauen,
- darüber zu diskutieren, ob nicht weitere Jugendbegegnungsstätten (möglichst grenznah) entstehen sollten (Möglichkeiten der Fremdnutzung bereits bestehender Einrichtungen, z.B. ehemalige Pionierheime, Kooperation mit bestehenden oder nachentstehenden Jugendbegegnungsstätten in den Nachbarländern),
- die Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen, die mit Bildung, Erziehung, Jugend- und Friedensarbeit befaßt sind (z.B. Lehrerverbände, Jugendwohlfahrtsverbände, Kirchen und kommunale Jugendarbeit) zu verstärken.